

Haushaltsrede 2016 Fraktion Die Linke im Kreistag Esslingen

das letztjähriges Motto unserer Haushaltsrede lautete: für eine Willkommenskultur. Diese Forderung und diesen Wunsch halten wir nach wie vor für richtig. Wir brauchen vor allem in der Zivilgesellschaft mehr denn je eine solche Kultur. Dies gilt auch dann, wenn die Verwaltungen des Landkreises, der Kommunen und die vielen Ehrenamtlichen teilweise krisenhaft gefordert werden und wurden. In diesem Jahr stellen wir unsere Rede in Ergänzung dazu unter das Motto:

"Teilen und Teilhabe".

Ein großer Teil der angesprochenen Probleme hat seine Ursachen in der falschen Verteilung des erarbeiteten und vorhandenen Vermögens und des Reichtums. Es gibt genug für alle; wir müssen es nur richtig teilen und verteilen. Wir stimmen dem ehemaligen Generalsekretär der CDU Heiner Geißler zu, der sagte: "Die Behauptung es gibt kein Geld, um das Elend zu beseitigen, ist eine Lüge. Wir haben auf der Erde Geld wie Dreck. Es haben nur die falschen Leute."

Diese Willkommenskultur und diese Teilhabe sind notwendig, denn wir wollen nicht in einem Land leben in dem Nazis Flüchtlingsheim anzünden und die Politik vor diesem Mob zurückweicht. Überwältigt sind wir von der Hilfsbereitschaft der Menschen, der Kirchen, der Vereine und den vielen anderen. Ihnen sei herzlich gedankt. Wir müssen Mut machen, statt Ängste zu schüren.

Sprechen müssen wir auch über die Fluchtursachen.

Der Nahe Osten ist die Region mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Damit sich an dieser ungerechten Verteilung nichts ändert, finanzieren die Ölmonarchien Krieg und Terror, den „Islamischen Staat“ u.a derartige Banden und greifen auch mit ihren Armeen direkt ein. Aber was tut die Bundesregierung? Fordert sie einen Wirtschaftsboykott gegen die Ölmonarchien? Nein, sie liefert auch noch moderne Panzer nach Saudi-Arabien und Katar wie sie auch früher zu türkischen Militäraktionen gegen die Kurden die türkische Armee mit Panzern belieferte. Das muss ein Ende haben. Und es ist schon grotesk, dass die Bundesregierung viel Geld an die Türkei zahlen möchte, diese aber selbst Kriege führt.

Jede kriegerische Auseinandersetzung, nicht nur in Vorderasien, hat selten klare „Sieger“ aber tausendfache Verlierer, nämlich die Zivilbevölkerung. Diese Menschen stehen heute vor unseren Türen, weil bei militärischen Auseinandersetzungen ganze Länder zerstört wurden oder zerstört

werden. Wer keine Hemmungen hat bei diesem Zerstörungswerk mitzuwirken hat auch keine Hemmungen Menschen auszurauben, zu foltern und zu vergewaltigen! Und es gilt: Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge!

Und es gilt weiter. Afrikanische Länder werden ökonomisch und ökologisch geplündert: Wir leben auf Kosten der sogenannten Dritten Welt und wundern uns, wenn nun das Elend bei uns anklopft und ankommt!

Mitverantwortlich dafür sind die Parteien und die sie stützenden Politiker der Großen Koalition, auch hier im Landkreis.

Wir sollten bei dem Thema Flüchtlinge auch auf unsere Sprache achten. Sprache verrät nicht nur viel über das wirkliche Denken, sie kann auch zu einer Atmosphäre der Angst und Unsicherheit beitragen. Wer von "Flüchtlingsstrom" oder "Flüchtlingsflut" redet, der verkennt, dass beide Begriffe natürliche Ereignisse umfassen, aber Fluchtursachen sind nicht natürlich, sie sind menschengemacht.

Wir müssen den Flüchtlingen eine gute Aufnahme gewähren und wir brauchen in der Konsequenz kurzfristig ein radikales soziales Wohnungsbauprogramm statt wie in der Vergangenheit ein solches abzubauen. Sofort muss man einen schwierigen Friedensprozess mit allen Beteiligten nicht nur für Syrien anstoßen. Und man muss die Mitverantwortung der Bundesrepublik eingestehen, die sie durch Waffenexporte oder verfehlte Entwicklungspolitik trägt. Das ist anstrengend, anstrengender jedenfalls, als die Angst vor Flüchtenden zu schüren.

Wir wollen uns bei allen bedanken, die für die 240 Asylsuchende eine Unterkunft in Hochdorf ermöglicht haben. Unser Dank geht an die Gemeinde Hochdorf aber auch an alle Verantwortlichen im Landkreis für ihren großen Einsatz für die Menschen in Not.

Nicht vergessen möchten wir, dass nach der jahrelangen Klage über den demographischen Wandel das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung/ Berlin feststellt:

"Die elf Milliarden €, die der Staat zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aufbringen wird, sind gut angelegtes Geld. Das wirkt wie ein Konjunkturprogramm!" Die Flüchtlinge, erklärt das DIW weiter, würden einen großen Teil der vom Staat empfangenen Leistungen beim Einzelhandel in ihrem Stadtviertel liegen lassen. Das Institut sieht hier einen "beachtenswerten Wachstumseffekt"! Und sei noch darauf hingewiesen, dass untergebrachte Flüchtlinge über den Finanzausgleich den Haushalt der unterbringenden Kommunen entlasten, denn sie gelten als zusätzliche Einwohner.

Aus der letztjährigen Haushaltsrede bleibt unsere Forderung für den Landkreis und die Kommunen, die Flüchtlinge so bald als möglich dezentrale unterzubringen.

Der Kontakt in die Heimat und zu Flüchtlingen in anderen Städten ist wichtig. Das Smartphone sorgt für ein Minimum an Verständigung. Es dient auch zur Übersetzungsfunktion aus der Heimatsprache ins Deutsche. Wörter können mit diesem Apparat vorgesprochen werden. Weil diese Smartphones ein wichtiges Instrument darstellen, weil diese Geräte Teilhabe vereinfachen, stellen wir einen Antrag, die Flüchtlingsunterkünfte mit WLAN zu versorgen. Die Stuttgarter Initiative "Freifunk" ermöglicht dies kostengünstig.

Die Forderung an die Flüchtlinge, Deutsch zu lernen, ist richtig - gut lernt man eine Fremdsprache, wenn der Spracherwerb in konkreten Situationen erfolgt. Teilhabe wird erleichtert, wenn die Zielsprache gut gelernt wurde. Wir wollen erreichen, dass modellhaft Deutschkurse und

Deutschlernen in die Arbeitswelt integriert werden. Dazu soll mit Firmen, mit Handwerksbetrieben, Dienstleister, kommunalen Unternehmen, den Volkshochschulen und den Berufsschulen ein Modell entwickelt werden, das beides, Arbeit und Lernen verbindet. Der Tarifvertrag der IG Metall "Förderjahr" der Edelmetallindustrie Baden-Württemberg kann dazu als Vorbild dienen. Dazu stellen wir den Antrag, dass die Wirtschaftsförderung des Landkreises mit den verschiedenen

Verbänden ein Programm entwickeln soll, mit dem Ziel: Deutsch am Arbeitsplatz nachhaltig zu lernen.

ÖPNV:

Der ÖPNV ist ein wichtiges Instrument, um Teilhabe zu ermöglichen, daher fordern wir seit Jahren, ein Sozialticket einzuführen. Diese Forderung bleibt für uns notwendig, dazu stellen wir nach wie vor einen Antrag, denn Mobilität wird immer teurer und schließt daher immer mehr Menschen von der Teilhabe aus.

Der VVS wird immer als gutes ÖPNV-System hochgelobt, dies gilt für Stuttgart und dies gilt für einige Mittelzentren. Die Infrastruktur des VVS ist zentralisiert. Auf dem Land sieht es anders aus. Bürgermeister Hooge hat bereits auf die Leistungen seiner Gemeinde beim Umbau des Bahnhofsumfelds hingewiesen.

Man könnte meinen, dass diese Kommune, da sie an der Bahnlinie liegt, eine gute ÖPNV-Versorgung hat. In den meisten Kommunen des Landkreises ist nach 20 Uhr Schluss mit dem Busverkehr. Oberboihingen hat es besser, fahren doch die letzten Züge immerhin gegen 21 Uhr Richtung Nürtingen und Wendlingen. Anschließend fahren nur unkomfortable Anrufsammeltaxis im Stundentakt mit zusätzlichen Gebühren. So würde z.B. eine Fahrt nach Großbettlingen fast 7 Euro kosten und bis zu einer und einer Viertel Stunde dauern. Beeilen wir uns also mit der heutigen Sitzung, damit unsere umweltbewussten Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer, die Fahrgäste des VVS sind, noch erträglich nach Hause fahren können.

Deutlich wird, wir bezahlen in den Landkreisen mehr und höhere Tarife für den ÖPNV mit einer schlechteren Qualität als z.B. in der Landeshauptstadt. Ein verkehrlich guter ÖPNV macht nur dann einen Sinn, wenn das Rückgrat des VVS die S-Bahnen und die Regionalbahnen mit Buslinien weiter angeschlossen werden und die umliegenden Kommunen versorgt werden!

So sieht kein zukunftsfähiger ÖPNV aus! Daher stellen wir die Anträge:

1. dass Zubringerbusse zu den Bahnhöfen der Regionalexpresse und der Regionalbahnen einzurichten sind

und 2. dass die Tarifzonen so verändert werden, dass der Landkreis höchstens zwei Zonen umfasst und damit gleichgestellt ist mit der Landeshauptstadt. Bedanken möchten wir uns bei Herrn Landrat Einiger, dass er unsere jahrelange Initiative aufgegriffen hat, und diese auch umsetzen möchte.

Stuttgart 21

Deutlicher wird immer wie verheerend sich das Milliardenprojekt Stuttgart 21 auf die Stadt Stuttgart, auf den Schienenverkehr und den ÖPNV insgesamt und auf den Kreis Esslingen auswirkt. Stuttgart, die Fildern, das Neckartal, Naturschutzgebiete und der Altbauaufstieg sind auf Jahrzehnte

eine einzige Baustelle. Wenn das Projekt jemals in Betrieb gehen sollte (was glücklicherweise wenig wahrscheinlich ist) bedeutet dies

120 km Tunnel, durch Gipskeuper,
Steigungen, die steiler sind als die Geislinger Steige,
Neckarunterquerung,
schräge Tiefbahnhöfen und vieles mehr!

Das Milliardenprojekt bleibt eine ewige Baustelle. In über 20 Jahren Planung an dem Monsterrucksack ist es weder gelungen alle notwendigen Bauabschnitte rechtsgültig planfestzustellen, obwohl zig-fache Ausnahmegenehmigungen durch willfährige Behörden und Minister erteilt wurden,

noch ist es den „Star“- Architekten und -Statikern gelungen, zumindest für die Bodenplatte des Tiefschräghauptbahnhofs einen Statiknachweis zu erbringen.

Der Architekt Prof. Frei Otto, einer der ursprünglichen Väter des Tiefbahnhofs, rief bereits 2010 dazu auf, den Bau zu stoppen, weil das Projekt durch den schwierigen Untergrund eine Gefahr für Leib und Leben darstelle.

„Was wird wohl geschehen, wenn der weitere Fortschritt des Projektes die Beteiligten – allen voran die Leitung der Bahn – zum Offenbarungseid zwingen sollte, indem sie zugeben müssten, dass (direkt oder indirekt) noch einmal zusätzliche Steuermittel in Millionen- oder gar Milliardenhöhe anfallen werden?“ fragt Edzard Reuter im S21-Kapitel seines neuen Buchs ("Eingemischt! Zwischenrufe eines älteren Herrn" erscheint am 26. Oktober im Tübinger Verlag Klöpfer & Meyer.)

Zwei der durch S21 hervorgerufenen Probleme, die unseren Landkreis betreffen:

- In Leinfelden wird es durch eine befristete Ausnahmegenehmigung von Minister Ramsauer durch Wohngebiete und zu enge Tunneln einen Mischverkehr von S-Bahn und Intercity Zügen geben.
- Der Brandschutz ist nicht gewährleistet. Der Flughafentiefbahnhof liegt 30 m unter der Erde. Falls es je zu einem Brand in den Zuführungstunnels oder dem Bahnhof kommen sollte, können sich die Passagiere nur nach oben in die verrauchten Zonen retten. Behinderte, Rollstuhlfahrer, Kranke, Senioren und Kinder werden sich vermutlich nicht retten können. Den Feuerwehren wird es dann voraussichtlich leider nur noch obliegen die Opfer zu bergen.

Dazu stellen wir drei Anträge, um dieses Milliardenprojekt zu stoppen, ebenso wie den erhöhten Zuschuss des Landkreises und dass bei der öffentlichen Anhörung Einspruch eingelegt wird wegen des Mischverkehrs und des mangelnden Brandschutzes.

Inklusion:

Das Thema Inklusion ist ein Thema, das für unser Motto der Teilhabe besonders wichtig ist. Inklusion heißt, dass jeder ganz selbstverständlich dabei ist und die Unterstützung bekommt, die er braucht, um gleichberechtigt teilhaben zu können. Eingebunden werden die Kompetenzen der Schüler mit Behinderung und die der Eltern. Seit Jahren beschäftigt sich unsere Fraktion mit diesem Thema - und das zu Recht! Daher freuen wir uns, und wir fühlen uns bestätigt, dass der Landkreis Esslingen auf Anregung des Landkreistages und unterstützt von der Landesregierung einer der vier Landkreise ist, der für das Modellprojekt "Inklusionskonferenz" ausgewählt wurde.

Mit Inklusion stehen wir in Baden-Württemberg - und so auch im Landkreis Esslingen - ganz am Anfang. Für viele ist die Betrachtungsweise und die Veränderung von der alten fremdbestimmten Hilfe für Menschen mit Behinderung hin zur Selbstbestimmung des Menschen mit Behinderung nach der UN-Behindertenrechtskonvention neu. Uns ist bei der gleichberechtigten Teilhabe in den Schulen wichtig, die Elternsicht der betroffenen Schüler mit Behinderung hervorzuheben. Wir

möchten weg von Fremdbestimmung durch fortwährende Testungen. Es gibt viele Schüler mit Behinderung, die keinen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, die kein sonderpädagogisches Gutachten benötigen. Es gibt Schüler mit Behinderung, die an den Regelschulen unabhängig von der Schulart, Gruppengröße im Rahmen der ambulanten Eingliederungshilfe auf die Unterstützung einer Schulassistenz angewiesen sind, was auch unter die Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe nach der UN-Konvention fällt. Dieser Bedarf kann nicht von Sonderpädagogen und auch nicht über kleinere Gruppen abgedeckt werden. Hier müssen die Eltern zusammen mit den Betroffenen selbst entscheiden können.

Wir beantragen daher, die gleichberechtigte Beteiligung von betroffenen Eltern an der Inklusionskonferenz

Und weiter und nach wie vor fordern wir: eine ausreichende und umfassende Information über Schulassistenz an Regelschulen.

Wir möchten auch betonen, dass das neue Schulgesetz über die Umsetzung der Inklusion, keinerlei genauen Regelungen über die Kostenträgerschaft enthält. Allerdings darf diese Auseinandersetzung nicht auf dem Rücken der betroffenen Kinder und deren Eltern ausgetragen werden.

Vielfalt bereichert Bildung. Wir wollen, dass die Rechte der Menschen mit Behinderung endlich umgesetzt werden. Dazu nötig sind Barrierefreiheit, kleinere Klassen und sonderpädagogische Unterstützung. Inklusion entsprechend Artikel 28 der UN-Charta muss gleichmäßig ermöglicht werden. Eine aktuelle Elternumfrage von infratest/dimap zeigt, die konkreten Erfahrungen mit Inklusion sind positiv. Eltern geben inklusiven Schulen besser Noten als solchen, die keinen gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne Handicap anbieten. Und dies gilt für Eltern mit und ohne Kinder mit Behinderung.

An der Inklusionskonferenz sollen Kreisverwaltung, Betroffene und Angehörige, der Kreisbehindertenbeauftragte, lokale Einrichtungsträger, soziale Dienste und Selbsthilfeorganisationen, Bürger sowie die kreiseigenen Städte und Gemeinden beteiligt sein

Haushalt: (vgl. Haushaltsplan)

Es gereicht uns zur Ehre, dass wir benachteiligte Menschen helfen. Dies ist nur möglich, weil der Nettoaufwand im sozialen Leistungsbereich ständig ansteigt. Die Armutsquote beträgt zur Zeit 11 Prozent und sie steigt ständig an. Menschen müssen von ihrer Arbeit heute und von ihren Renten morgen anständig leben können, abgehängt werden jedoch Alleinerziehende, Erwerbslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Alte. Der Niedriglohnsektor ist größer geworden, und die Zahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse ist stark gestiegen. Leiharbeit, Werkverträge, Teilzeit, von der man nicht leben kann, Befristungen und schlechte Löhne: Ein Drittel der neuen Arbeitsverträge ist prekär. Der Staat finanziert diese Löhne mit! Indirekt fließt dies den Unternehmen zu, und es wird finanziert durch unseren Haushalt.

Die Kreisumlage wird nicht erhöht werden und das ist gut so, denn die Kommunen stehen nach wie vor vor großen Aufgaben !

Ich danke Ihnen und hoffe, dass die ÖPNV-Fahrgäste noch rechtzeitig ihr Ziel erreichen!

Die Pressemeldungen vom Oktober:

Wahlweise angeboten, dem Teckboten, der Esslinger-, Nürtinger-, Wendlinger-, Filder- und Cannstatter-Zeitung, der Lokalredaktion und Kreisredaktion der Stuttgarter Zeitung, dem Wochenblatt Stuttgart und der Wochenzeitung Fildern Extra, der Esslinger Zwiebel gelegentlich auch der Untertürkheimer Zeitung, der Vaihinger Kreiszeitung und der Südkurier Redaktion Stuttgart.

Es geht ein Riss durch Kirchheim

Die Passanten in der Kirchheimer Fußgängerzone wurden am Samstag zur besten Marktzeit nicht schlecht überrascht als der Ortsverband Kirchheim der Partei DIE LINKE, eine Banneraktion mit der Überschrift „Kirchheim ist gespalten“ durchführte.

„Es ist unerträglich, dass einerseits Menschen mit geringem Einkommen oder Flüchtlinge keine Wohnung finden andererseits Wohlhabende ihrer Wohnungen leer stehen lassen“, so Heinrich Brinker, Landtagskandidat für den Wahlkreis Kirchheim.

Die Linke möchte diesen Skandal nicht länger hinnehmen und fordert die Stadtverwaltung auf, unverzüglich Maßnahmen zu prüfen, wie die leer stehenden Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können.

Nachdem der private Wohnungsmarkt für einen großen Teil der Menschen in Kirchheim (nicht nur Flüchtlinge) zum Desaster führte, darf es keine weitere Privatisierung städtische Wohnungen geben. „Wir brauchen endlich eine Wende in der Wohnungspolitik hin zu einem sozialen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau“, erklärt Brinker.

Gleichzeitig fordert der Ortsverband Die Linke mit der Aktion die Landesregierung auf, mindestens 200 Mio. EUR pro Jahr in ein Landeswohnbauprogramm zu investieren. Aktuell liegt die finanzielle Förderung durch das Land bei 75 Mio. EUR pro Jahr inkl. Bundesanteil, in Bayern hingegen liegt die Wohnbaufördersumme bei 260 Mio. EUR pro Jahr. Der groß angekündigte Wohnbaugipfel von Finanzminister Schmid, der vor zwei Wochen stattfand, brachte keinerlei substanzielle Ergebnisse. Heinrich Brinker

Die Linke im Kreis Esslingen formiert sich neu

Auf der Jahreshauptversammlung der Linken Kreis Esslingen wurden der Kreisvorstand und die Delegierten für den Landesparteitag neu gewählt.

Einleitend sprach Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer und Fraktionsvorsitzender der Linken im Kreistag, darüber, warum die LINKE in den Landtag gehört: Damit die Armutsbekämpfung Vorrang in der Landespolitik bekommt, "Der Landesregierung fehlt das soziale Gewissen, sie hat die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in arm und reich nicht ernst genommen". Teil davon ist der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. "Unser gemeinsames öffentliches Eigentum darf nicht weiter privatisiert werden". Wir brauchen genug bezahlbaren Wohnraum. Hartz 4 muss abgeschafft und durch Mindestsicherung ersetzt werden. Die Linke steht für Steuergerechtigkeit: "Die Reichenbesteuerung liegt seit Rot-Grün auf Eis. Einzig die Linken sind dafür" Die Linke fordert mehr Demokratie und echte Bürgerbeteiligung und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. "Statt dessen sieht der Minister tatenlos zu, wie sämtliche Regionalisierungsmittel in das unsinnige Tunnelprojekt Stuttgart 21 fließen". Er fordert gute Bildungschancen für alle und spricht von den "weiterhin zu schlechten Rahmenbedingungen" an Gemeinschaftsschulen. Strasdeit wendet sich gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, für einen humanen Umgang mit Flüchtlingen statt Abschiebung. "Es muss Schluss sein mit dem

Geschwätz, dass wir nicht helfen können. Wir können und wir wollen."

Solcherart eingestimmt wurde Heinrich Brinker, Landtagskandidat, mit großer Zustimmung weiterhin als Kreisvorstandssprecher bestätigt. Zwei der bisherigen Kreisvorstände schieden aus. Dafür verstärkt Claudia Moosmann, die seit über 10 Jahren in Leinfelden-Echterdingen im Gemeinderat sitzt und in einer Vielzahl von Initiativen mitarbeitet, den Kreisvorstand .

Der Kreisvorstand Esslingen setzt sich die nächsten 2 Jahre wie folgt zusammen: Heinrich Brinker: Sprecher, Wolfgang Schreiber: Stellvertreter, Hans-Jürgen Löb: Schatzmeister, Claudia Moosmann: zuständig für die Kommunalpolitik, Ute Dahner: Presse- und Internetbeauftragte und Bernd Luplow: verantwortlich für die Materialbeschaffung.

Folgende Delegierte aus dem Kreis Esslingen wurden für den Landesparteitag gewählt: Ute Dahner, Mitglied im Kreisvorstand; Monika Heim, Mitglied im Ortsverband Esslingen; Claudia Moosmann Kreisvorstandsmitglied und Gemeinderätin; Ingeborg Wahl, Mitglied im Ortsverband Esslingen, Heinrich Brinker, Kreisvorstand und Landtagskandidat; Martin Auerbach, Landtagskandidat; Peter Rauscher Kreis- und Regionalrat und Bernd Luplow Mitglied im Kreisvorstand.

Ute Dahner

Leserbriefe:

Wohnen ist ein Menschenrecht, auch in Kirchheim!

Es ist gut, dass weitere Wohnungen für Flüchtlinge geschaffen werden. Aber das Wohnungsproblem ist nicht durch die Flüchtlinge entstanden. Der soziale Wohnraum wurde durch das Herunterfahren des sozialen Wohnungsbau systematisch verschärft. Jetzt wird überdeutlich, dass in Kirchheim kein ausreichender Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung steht. Wer will die Verantwortung dafür tragen, dass Ausländerhass entsteht, weil sozial Benachteiligte mit Flüchtlingen konkurrieren müssen. Es darf keine Wohnungseigentümer geben, die ihre Wohnungen als Spekulationsobjekt betrachten und den dringend notwendigen Wohnraum nicht zur Verfügung stellen. Es muss Schluss sein mit der Konzentration auf den privaten Wohnungsmarkt. Die Linke fordert keine weitere Privatisierung, sondern endlich einen ausreichenden kommunalen Wohnungsbau.

Wann unterstützen Sie und der Gemeinderat endlich ein Programm für den sozialen Wohnungsbau, das den Bedarf deckt?

Heinrich Brinker, Kirchheim unter Teck

Renovierung und Ausbau der Stadtbücherei

Die Stadtbücherei wird von vielen Esslingern als Schmuckstück der Altstadt gesehen. Die ehrwürdigen Mauern des denkmalgeschützten Hauses geben ihm einen wundervollen Charme. Für die LINKE ist klar, die Bücherei soll an ihrem jetzigen Standort erhalten bleiben. Damit erteilt sie der CDU eine deutliche Absage, mit Hilfe privater Investoren einen Neubau an den Bahnhof zu stellen. Dem Programm, das die Mitarbeiter/innen auf die Beine stellen, gebührt riesige Anerkennung. Die Veranstaltungsreihe LesArt zieht gleichermaßen bekannte Schriftsteller wie ein begeistertes Publikum an. Die Bücherei ist regelmäßiger Treffpunkt Esslinger Autoren und einer Schreibwerkstatt. Sie ist Lernort für viele Schüler/innen und besonders beliebt auch bei Kindern, die hier vieles entdecken können. Tausend Menschen passieren täglich die Pforte. Die Bücherei

hat aber ein paar Probleme: sie muss ausgebaut und gründlich renoviert werden. Der Aufzug blieb monatelang stecken, aus Dachbalken rieseln Holzspäne und Stromleitungen sind überaltert und überlastet. Es muss dringend etwas getan werden. Lösungen bieten sich an. Das Haus nebenan gehört der Stadt und steht leer, kann also für eine Erweiterung genutzt werden. Für diesen Plan liegt der Stadt bereits eine Machbarkeitsstudie vor, die 80.000 € gekostet hat. Gescheitert ist der Plan bisher daran, dass die großen Fraktionen von einer „Superlösung“ geträumt haben, die Bücherei, Stadtmuseum und Villa Merkel vereinen sollte - 15.000.000 € teuer. Bekanntlich verhindert die Steuerpolitik dieser Fraktionen in Land und Bund den notwendigen finanziellen Spielraum der Stadt. „Die Bücherei wird so vielfältig genutzt, sie darf nicht den Sparzielen zum Opfer fallen“, sagen die beiden Stadträte der LINKEN, Werner Bolzhauser und Tobias Hardt.

Wann kommt der Umbau der Seewiesenschule

Im Schuljahr 2014/15 startete die Seewiesenschule als erste Esslinger Gemeinschaftsschule. Engagierte Lehrkräfte und Eltern machten sich umgehend daran, in einem intensiven Prozess ein Raumkonzept zu erstellen. Hierin sollte der Ganztagesbetrieb für die Grundschüler, die Inklusion für körperbehinderte Kinder und das pädagogische Konzept einer Gemeinschaftsschule ermöglicht werden. Seit April 2015 liegt das Ergebnis des Planungsprozesses vor. In einem offenen Brief fragt der Elternbeirat, warum die Umsetzung des Konzepts um mindestens ein Jahr vertagt wird. Er ging davon aus, dass einer Umsetzung der notwendigen baulichen Maßnahmen in diesem Schuljahr nichts mehr im Wege steht und die Fertigstellung bis 2018 gelingen würde.

Die Einführung des Ganztags an der Grundschule ist erst nach dem Umbau möglich. Seine Realisierung ist aufgrund der Bedarfe der Kinder dringend geboten. Unverzichtbar sind die baulichen Maßnahmen auch, um inklusiv arbeiten zu können. Das Schulgesetz sieht künftig gruppenbezogene Lösungen an Regelschulen vor. Die Seewiesenschule würde durch den Umbau barrierefrei. Schon heute beschult sie körperbehinderte Kinder, für die ein Aufzug hilfreich wäre. Schließlich ist die pädagogische Praxis einer Gemeinschaftsschule nur weiter realisierbar, wenn die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. „Die Eltern sind zurecht stolz auf ihre Schule, weil sie sich den zentralen Herausforderungen einer guten Bildung für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder individueller Handicaps mit hoher Kompetenz und großem Engagement wirksam annimmt. Sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum eine dringend notwendige Umsetzung verzögert wird“, meint dazu Stadtrat Tobias Hardt.

Wohnraum für Alle

Allerorts bemühen sich die Gemeinden, Wohnraum bereit zu stellen. Wichtig ist dabei, alle mit einzubeziehen, bedürftigen Menschen, Flüchtlinge und Obdachlose.

Es muss unbedingt vermieden werden, dass Langzeitarbeitslose oder Menschen, die schon lange bezahlbaren Wohnraum suchen, ausgespielt werden gegen Flüchtlinge. Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender der LINKEN, dazu: "Dem muss man entgegen arbeiten, indem man zum Beispiel gemischten Wohnraum baut: für Flüchtlinge und junge Familien oder Rentner. Da gibt es gute Konzepte. Die Menschen, die sozial benachteiligt sind, dürfen nicht den Eindruck bekommen, sie blieben noch mehr auf der Strecke." Beispielhaft ist Freiburg hier hat der Gemeinderat eine 50% Sozialquote bei gefördertem Mietwohnungsbau durchgesetzt.

Wir haben, wie alle wissen die in den letzten Jahren eine Wohnung gesucht haben, schon seit langem eine Wohnungskrise, nicht erst seit die Flüchtlinge hier ankommen. Es ist eine Krise der sozialen Gerechtigkeit, keine Flüchtlingskrise. Landesweit wurde der Sozialwohnungsbau

vernachlässigt. Wohnungen und Baugrund an den Meistbietenden verschert statt den Wohnungsbaugenossenschaften anzubieten

DIE LINKE fordert, ein Drittel der neu zu bauenden Wohnungen muss als Sozialwohnungen ausgewiesen werden. Sie ist für den Aufbau einer landeseigenen Wohnbaugesellschaft, die sich an kommunalen Wohnbaugesellschaften mit sozialem Auftrag beteiligt. So bliebe öffentliches Geld dauerhaft in öffentlichen Händen.

Ein Investitionsprogramm ist notwendig, dass bezahlbaren Wohnraum für alle schafft.

Bernd Riexinger, "Wenn allerdings nicht bald umverteilt wird und es weiter eine falsche Sozial- und Wohnungspolitik gibt, dann wird das Problem durch die Flüchtlinge verstärkt. Umso großzügiger muss man jetzt wohnungsbaupolitische Programme aufsetzen. Es muss geklotzt werden: 200 Millionen Euro sind die unterste Grenze".

In Baden-Württemberg beträgt die Fördersumme für den Wohnungsbau inkl. Bundesanteil nur 75 Mio. Euro pro Jahr. Außerdem fallen jährlich etwa 5.000 Sozialwohnungen aus der sogenannten Bindungspflicht und sind damit keine staatlich geförderten Sozialwohnungen mehr. Bayern macht es vor und investiert 260 Mio. Euro jährlich in den Wohnungsbau. Wieso soll das im reichen Baden-Württemberg nicht auch gehen?

Ute Dahner

Armut bekämpfen

Flüchtlinge sind nicht die Ursache der sozialen Defizite, wie und vielfach weisgemacht wird.

Der jahrzehntelange Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und des sozialen Wohnungsbaus hat erst zu einer Eskalation der Situation geführt, wie wir sie jetzt erleben.

Statt eines populistischen "Wir schaffen das nicht" muss mehr Unterstützung vom Bund eingefordert werden. Notwendig ist eine gerechte Verteilung des Reichtums in Deutschland zugunsten der Kommunen. Nicht die Flüchtlinge sondern eine verfehlte Steuerpolitik und die eingeführte Schuldenbremse brechen seit Jahren vielen Kommunen das finanzielle Genick.

Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linken im Bundestag dazu: „Vergessen wird gerne, dass die Politik der „schwarzen Null“ zu Lasten der Investitionen geht. Sei es in der Verkehrsinfrastruktur, bei der Bildung oder in den Krankenhäusern – in Deutschland verzeichnen wir inzwischen einen Investitionstau in Milliardenhöhe. Gerade im Bereich bezahlbaren Wohnraums haben wir enormen Nachholbedarf. In Ballungszentren wie Stuttgart, München oder Berlin steigen die Mieten rasant an“.

Beim Exportweltmeister Deutschland ist der materielle Wohlstand deutlich ungleicher verteilt als in anderen Industrienationen. Laut OSZE kommen die ärmsten 60 Prozent lediglich auf sechs Prozent des gesamten Vermögens. Armut ist ein globales Problem, sie ist aber eben auch ein deutsches Problem.

„Wer Armut auf globaler Ebene beseitigen will, muss auch die ungerechte und diskriminierende Handelspolitik der reichen Industriestaaten ins Visier nehmen und sich für die Stärkung von sozialen Sicherungssystemen einsetzen“, so Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Vor allem Freihandelsabkommen, wie TTIP und Ceta haben zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und mehr Ungleichheit geführt, und zwar in den Ländern des Globalen Südens und vor der eigenen Haustür.

Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) hat in einem umfassenden Bericht unlängst darauf hingewiesen, dass vor allem soziale Sicherungssysteme eine wirksame Barriere gegen Armut sind. Nicht der Abbau des Staates, sondern mehr Sozialstaat ist also nötig, nicht nur in den Ländern des Südens, sondern auch in Deutschland, wo inzwischen jedes fünfte Kind in Armut lebt.

Ute Dahner

Hilfe statt Hetze

Die Linke waren und sind gegen die Verschärfung des Asylrechts. Es dient der Abschreckung und Abschottung und hebt das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl aus.

Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel meint dazu: „Statt mit einer klaren antirassistischen Botschaft den rechtspopulistischen und rassistischen Äußerungen von Pegida & Co. entgegenzutreten und eine aktive und menschenwürdige Integrationspolitik für die Geflüchteten zu entwickeln, werden Grenzzäune gebaut, die Grenzüberwachung verstärkt und ein Abschiebeengesetz beschlossen.“

Insbesondere die Einstufung von Albanien, Kosovo und Montenegro als weitere sogenannte sichere Herkunftsstaaten ist für DIE LINKE nicht tragbar.

Menschen, die aus Not zu uns geflohen sind, dürfen nicht innerhalb kürzester Zeit abgefertigt und abgeschoben werden. Elend, Hunger, Obdachlosigkeit und mangelnde medizinische Versorgung sind bittere Realität in diesen Ländern. Die Situation von Homosexuellen und Roma ist erschreckend: Sie sind Rassismus, Diskriminierung und massiver Bedrohung ausgesetzt. Außerdem ist die Einstufung des Kosovo als sicheres Herkunftsland absurd, da in dem Land tausende KFOR-Soldaten zur Wahrung der Sicherheit stationiert sind.

Nicht die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen müssen bekämpft werden! Daher fordert DIE LINKE Hilfsprogramme für wirtschaftliche Entwicklung, Ausbildung von jungen Menschen sowie eine geregelte Arbeitsmigration für die Balkanstaaten. Die Verbesserung der rechtsstaatlichen und politischen Lage in den Balkanstaaten muss unterstützt werden. Nur so können die Fluchtursachen bekämpft werden.

Ute Dahner

TERMINE:

Kreisvorstandstermine 2015:

Der Kreisvorstand trifft sich üblicherweise jeden 2. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr in Esslingen, ab Dezember wird der Termin verlegt auf jeden 2. Freitag im Monat ab 16.30 Uhr, im Sportverein Pliensau in der Weilstr. 199:

Donnerstag, 12. November

Freitag, 11. Dezember

Die Treffen sind öffentlich und jeder Interessierte ist herzlich willkommen.

Termine der Fraktion im zweiten Halbjahr:

Fraktionssitzungen:

Unsere Fraktionssitzungen sind meist öffentlich. Sie finden montags ab 18:00 Uhr im Fraktionszimmer des Landratsamtes (Pulverwiesen 11, Esslingen) statt.

Die voraussichtlichen Termine unserer offenen Fraktionssitzungen werden sein:

16.11.: Kultur- und Schulausschuss ATU/KSA

23.11.: Sozialausschuss/Jugendhilfeausschuss SO/JH

30.11.: Verwaltungs- und Finanzausschuss VFA

07.12.: Kreistag

und dann erst wieder im Februar, wenn nichts Ungewöhnliches geschieht

Der Eingang befindet sich links vom Haupteingang. Wer erst später erscheinen kann, der möge die Klingel zum Fraktionszimmer 4 betätigen oder unter 0176 54 40 74 52 oder 0711/39022066 anrufen.

Regelmäßige Treffen und Aktionen der Ortsverbände:

Mitgliederversammlung Ortsverband Esslingen:

wo: Alte Spinnerei, Maille 3 Esslingen

Die Spinnerei ist das kleine Häuschen neben dem Eingang zum Komunalen Kino.

Wann: in der Regel monatlich am 4. Donnerstag, jeweils um 19:30 Uhr

Interessierte sind immer herzlich willkommen

Donnerstag, 26. November

Donnerstag, 17. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Nürtingen:

Liebe Mitglieder und Freunde der LINKEN im OV Nürtingen. Wir treffen uns jeden 3. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr zu unserem Stanntisch in Nürtingen in der Gsatstätte „Schlachthof“ Mühlstr. 15 (beim LRA). Dazu lade ich euch recht herzlich ein.

Die Termine sind:

Dienstag, 17. November

Dienstag, 15. Dezember

Treff Ortsverband Kirchheim-Teck:

Jeden ersten Donnerstag im Monat trifft sich der Ortsverband der LINKEN in Kirchheim-Teck, ab 19:30 Uhr im TG-Heim in der Jesingerstrasse 99. Alle Interessierten, auch Nicht.Mitglieder sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 05. November

Donnerstag, 03. Dezember

Info-Stand in Kirchheim:

Der Kirchheimer Ortsverband der LINKEN betreibt jeden 3. Samstag im Monat einen Info-Stand in der Kirchheimer Fußgängerzone. Wir positionieren uns damit mehr in der Öffentlichkeit und zeigen, für was wir stehen und sammeln Unterschriften gegen TTIP.

An folgenden Samstagen werden wir von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr vor Ort sein:

21.11.2015 Kornhaus (Max-Eyth-Str. 19)

im Dezember: Weihnachtspause

Stammtisch Ortsverband Fildern:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte und Freunde der Partei DIE LINKE, jeden 1. Dienstag im Monat findet unser Stammtisch des Ortsverbandes Leinfelden- Echterdingen-Filderstadt statt: in der Sigma Traverna ab 19:30 Uhr, Stuttgarter Str. 45, in Leinfelden.
0711 – 758 578 60

Dienstag, 03. November

Dienstag, 01. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Plochingen:

Der Ortsverband Plochingen trifft sich gern spontan: Termine bitte auf der Webseite des Ortsverbands nachschauen.

Weitere wichtige Veranstaltungen:

- Landesparteitag: am Samstag, 21.11. und Sonntag, 22.11.2015 Sängerkirche Stuttgart-Untertürkheim, Lindenschulstraße 29, 70327 Stuttgart
- Esslinger OV mit Gökay Akbulut diesmal nicht in der Alten Spinnerei, sondern im DGB-Haus Julius-Motteler-Straße 12 in Esslingen, denn: Gökay Akbulut wird dabei sein Donnerstag, 26. November, ab 19:30 Uhr Interessierte sind immer herzlich willkommen
- Freitag, 13. November 2015, 18 Uhr: Arm trotz Arbeit: Konferenz der Bundestagsfraktion,

mit Karin Binder MdB, Michael Schlecht MdB, Bernd Riexinger u.a. Theodor-Heuss-Str. 2,
Saal A, 70174 Stuttgart

- Dienstag 17.11.: 19:30 Uhr bis 21:30 Uhr, Diskussion / Vortrag mit Stefan Lorenzer,
Kulturzentrum Dieselstraße, Esslingen , Dieselstr. 26 ,73734 Esslingen: Lorenzer hat
Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert Übersetzt und spricht darüber. Veranstalter:
Rosa Luxemburg Stiftung, ESIG Esslingen, attac, IG Metall